

AKTUELL

NACHHALTIGKEIT

Energie aus Verbrennung

Christiane Walerich

Diese Woche wurde ein staatliches Abkommen zum Bau einer mit Biomasse betriebenen Mehrzweck-Anlage zur Elektrizitäts-, Wärme- und Pelletserzeugung unterzeichnet. Eine ökologische Alternative - aber nur, wenn der nachwachsende Rohstoff Holz gefördert wird.

„Die Kiowatt-Anlage - benannt nach dem Kyoto-Protokoll -, die Ende 2013 in Betrieb gehen soll, wird bis Ende 2020 etwa fünf Prozent zu der geplanten nationalen Gesamterzeugung von Strom-, Wärme- und Kälteenergie beitragen, die auf Basis von erneuerbaren Energiequellen im Land selbst erzeugt werden sollen“, heißt es in einem in dieser Woche herausgegebenen Pressecommuniqué des Ministeriums für Wirtschaft und Außenhandel. Zudem soll das Projekt nicht nur zur wirtschaftlichen Diversifikation beitragen, sondern auch die Emission von Treibhausgasen reduzieren und die Produktion erneuerbarer Energien in Luxemburg steigern. Geplant ist, dass „Kiowatt“ zu einer jährlichen Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes um rund 55.000 Tonnen beitragen soll - so die optimistische Einschätzung der Regierung.

Es sind ehrgeizige Pläne: Bei Kiowatt handelt es sich um eine Gesellschaft, die 2008 von „LuxEnergie“ (deren größter Anteilhaber Enovos ist) und „WoodEnergy“ (einer Tochterfirma der belgischen Groupe François, die bereits eine Wärmekraftkopplungsanlage in Virton betreibt) gegründet wurde. Ziel ist die Aktivitäten im Bereich der Energiegewinnung aus Biomasse zu intensivieren. Kiowatt soll zukünftig in einer sogenannten Kogenerationsanlage (Wärmekraftkopplungsanlage) auf der Basis von fester Biomasse nachhaltige Elektrizität, Wärme und Holzpellets erzeugen. Das Energieministerium steht unter Zugzwang, da es entsprechend der EU-Verpflichtung, den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 auf 11 Prozent anheben muß. Die Regierung wird deshalb Unternehmen, die in Projekte zur Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen investieren, finanziell unterstützen. Der Vertrag über die Errichtung einer Kogenerationsanlage in Roost, die Jeannot Krecké, Minister

für Wirtschaft und Außenhandel, und Marco Schank, beigeordneter Minister für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur in dieser Woche mit der Gesellschaft Kiowatt unterzeichneten, ist eine erste wichtige Maßnahme dieser Politik.

In der geplanten Anlage sollen jährlich aus etwa 32.000 Tonnen in Luxemburg anfallender Holzabfallsmasse, die bisher exportiert wurde, 2,6 MW Strom und 17 MW Wärme erzeugt werden. Bei voller Leistung der Anlage erwartet Kiowatt jährlich dann eine GW erneuerbaren Stroms und 93 GW erneuerbarer Wärme. Der produzierte Strom wird ins öffentliche Netz eingespeist, die Wärme teils zur Kühlung des neuen Datenzentrums von LuxConnect auf Roost, teils zum Trocknen von etwa jährlich 63.000 Tonnen Frischholz verwendet. Das so vorbereitete Holz soll danach in einem weiteren Schritt zu jährlich 35.000 Tonnen Pellets verarbeitet werden.

Diese für einen rentablen Betrieb der Anlage benötigte Menge Frischholz ist jedoch von der Forstwirtschaft in Luxemburg, die in Privathand liegt oder unzureichend entwickelt ist, kaum aufzubringen und muss daher wahrscheinlich weiterhin zu einem guten Teil aus dem Ausland importiert werden. Solange dies jedoch so ist, und die Regierung es unterlässt, die Produktion des nachwachsenden Rohstoffes Holz zu fördern, kann bei dem Ganzen nur bedingt von Nachhaltigkeit gesprochen werden. Auch die weiterführende Idee der Regierung, eine solche Kogenerationsanlage als Basis für ein Nahwärmenetz zu nutzen, scheint wenig sinnvoll, wenn der Rohstoff Holz zum großen Teil importiert werden muß. Immerhin jedoch sind die Ardennen nicht weit.

SHORT NEWS

Gebärdensprache anerkennen

„Die Gebärdensprache ist für uns sehr wichtig, denn ohne sie sind wir von sehr vielen Bereichen ausgeschlossen!“ Darauf machten VertreterInnen von Daaflux diese Woche erneut in einem Pressecommuniqué aufmerksam. Es reiche nicht, dass am 13. Juli die UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen in der Abgeordnetenkammer ratifiziert wurde, und dabei erstmals eine Gebärdensprachdolmetscherin zum Einsatz kam. Nach wie vor fehle die Anerkennung der Gebärdensprache und ihr Einsatz in der Bildung, im Arbeitsbereich, im privaten, sozialen, kulturellen und politischen Leben, stellt Daaflux fest. Diese gesetzliche Anerkennung sei aber notwendig, denn nur mit ihr entstehen auch Rechte. Schon 1988 habe das EU-Parlament die Anerkennung der nationalen Gebärdensprachen empfohlen und die Mitgliedsländer aufgefordert, alle Hindernisse bei der Anwendung der Gebärdensprachen zu beseitigen. So sei es zwar begrüßenswert, dass eine neue Gebärdensprachdolmetscherin gefunden wurde, die aus den drei nationalen Sprachen in die Deutsche Gebärdensprache (DGS) dolmetschen kann. Jedoch reiche das nicht aus: „Wir brauchen festangestellte GebärdensprachdolmetscherInnen in der Regierung und im Parlament, die wichtige Konferenzen und Ereignisse für uns zugänglich machen“, fordert Daaflux. In den Nachbarländern ist diese Praxis längst normal: Hier werden die Sitzungen der Abgeordnetenkammern parallel in die Gebärdensprache übersetzt.

« J'aimerais bien, mais j'en peux point. »

« Le gouvernement est pleinement conscient de l'enjeu social et humain et mettra en oeuvre tous les instruments à sa disposition pour atténuer l'impact sur les salariés de l'entreprise. » C'est ainsi que se conclut le communiqué de presse du ministère de l'économie au sujet de la faillite annoncée de l'entreprise de construction Socimmo qui met en péril environ 470 emplois. Mais à part cette déclaration d'intention finale du gouvernement, il n'y a que peu de pistes concrètes. Tout porte à croire qu'une mauvaise gestion de l'entreprise est à l'origine de ce fiasco social. En effet, les salarié-e-s n'ont plus été payé-e-s depuis le mois de mai et la banque refuse d'allonger un crédit car l'entreprise n'arrive pas à trouver une garantie de 600.000 euros. La situation devient critique. Les syndicats OGBL et LCGB accusent le ministère d'avoir fait la sourde oreille depuis trois semaines à leur demande d'entrevue. Le problème, c'est aussi que le gouvernement souligne qu'après avoir mis sur pied une ébauche de plan de redressement qui a échoué, il ne dispose d'aucun moyen pour venir en aide à l'entreprise. Même le projet de loi en cours concernant un régime temporaire de garantie en vue d'un redressement économique, s'il était adopté, ne pourrait s'appliquer dans le cas présent. N'est-il pas encore temps de l'amender ?

Biosprit wird grüngewaschen

Nach langem Zögern hat die EU-Kommission vergangene Woche sieben Zertifizierungssysteme für nachhaltige Agrotreibstoffe zugelassen. „Wir müssen sicherstellen, dass weder Regenwälder noch sensible Ökosysteme durch den Anbau von Biofuels beschädigt werden“, unterstrich Energie-Kommissar Günther Oettinger. Auch die NGO WWF sprach von einem wichtigen Schritt und unterstützt drei dieser Systeme, deren Anforderungen über die EU-Minimalkriterien hinausgehen. „Friends of the Earth“ dagegen warf der Kommission „Greenwashing“ vor und zitierte eines der vom WWF unterstützten Systeme, die „Round Table on Responsible Soy“, als Negativbeispiel. Eine der größten Schwächen der EU-Zulassung ist, dass sie nur die direkten Emissionen des Agrofuel-Anbaus berücksichtigt: diese müssen um 35 %, ab 2018 sogar 60 %, niedriger liegen als jene von Erdöl. Indirekte Emissionen, über die im November 2010 eine sehr kritische Studie vorgelegt wurde (woxx 1094), werden nicht angerechnet. Diese entstehen, wenn durch die Produktion von Agrofuel der Anbau von Nahrungsmitteln verdrängt wird - und daraufhin ökologisch wertvolle Flächen zu diesem Zweck gerodet werden.